



Betreff: ISÖ: Entideologisierter wissenschaftsbasierter Klima- und Umweltschutz

Bezug: KLIMASCHUTZ

In zunehmendem Masse wird der Klimaschutz durch links-linke Grüne ideologisiert und einem wissenschaftsbasiertem Diskurs entzogen. Dabei stellt niemand ernsthaft einen seit Millionen Jahren bestehenden und sicher auch im letzten Jahrhundert anthropogen beeinflussten Klimawandel in Frage.

Dabei liegen die Fakten ziemlich klar auf dem Tisch:

- **E-Autos produzieren mehr Treibhausgase**
- **E-Auto beschleunigt die Erderwärmung**

Damit unterstreicht die Studie der Universität Kiel nicht nur die von uns im Folgenden beschriebenen Erkenntnisse sondern belegt dadurch, dass die grüne Klimapolitik nicht nur dem Klima und der Umwelt schadet, die Menschen unnötigerweise mit neuen Kosten (CO2 Bepreisung, etc.) belastet und insgesamt die europäische Autoindustrie, insbesondere jene High-Tech-Diesel-Kompetenz in Österreich als Zulieferer, an die Wand gefahren hat. Verstärkt durch die unverhältnismäßigen Corona-Shut-Down-Maßnahmen und dadurch ausgelöste Rezession, Insolvenz- und Finanzkrise sowie Rekordarbeitslosigkeit, wurde durch die Grünen national und international der durch 2 Generationen aufgebaute Wohlstand in Europa schlagartig vernichtet.

Zählt man noch die Kosten der Willkommenskultur für kulturferne Migration (inklusive jener, welchen man in der Zwischenzeit die Staatsbürgerschaft nachgeschmissen hat) in die Sozialsysteme dazu, dann werden noch Generationen mit dem Aufräumen dieser links-ideologisierten Klima-, Umwelt-, Wirtschafts-, Finanz-, Migrations-, Sozial- und Gesundheitspolitik zu tun haben.

Leider haben dies die Bürger (noch) nicht vollkommen durchschaut!

Auch in Deutschland (durch SPD und DDR-Merkel unter Applaus der Grünen) zeigten sich bereits vor Corona die ersten negativen Auswirkungen einer ideologisierten und von der Wissenschaft entkoppelten Energie-, Umwelt-, Klima- und Wirtschaftspolitik und werden sich nun noch verstärken:

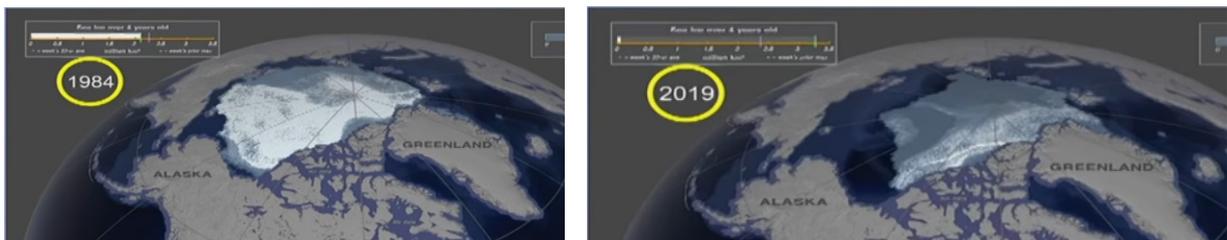
- Sie zerstört das ökosoziale Wirtschaftssystem
- Sie verursacht einen unregelmäßigen Strukturwandel und Verlust von Arbeitsplätzen

- Sie führt zu keiner Reduktion der CO2 Emissionen, sondern sogar zu einem Anwachsen!

Aus dieser Entwicklung heraus werden durch EU (entsprechender Vorhabens-Bericht) und Grüne, demokratische Grundrechte (Einschränkung der „Freien Rede“ für Klima- und Migrations-skeptiker) unter einer politischen Camouflage als „Hate-Speech“ eingeschränkt oder gar als „Rechtsradikal“ desavouiert.

Vorausgeschickt sei, dass wir grundsätzlich den Klimawandel nicht in Abrede stellen. Dieser Klimawandel ist seit Millionen von Jahren gegeben und sicher auch anthropogen verändert worden.

Es ist auch die Verringerung der Nordpol-Vereisung in den letzten Jahrzehnten ein Faktum, das ebenso nicht zu leugnen ist:



Für unsere folgenden Betrachtungen ist es daher auch völlig unerheblich, dass es in früheren Warmzeiten auch schon Perioden eines völlig enteisten Nordpols gegeben hat. Es ist auch erwiesen, dass einerseits durch die Erderwärmung beim Verdampfen der Meere sehr viel CO2 in die Atmosphäre abgegeben wird, aber auch andererseits eine antropogene Beteiligung evident ist.

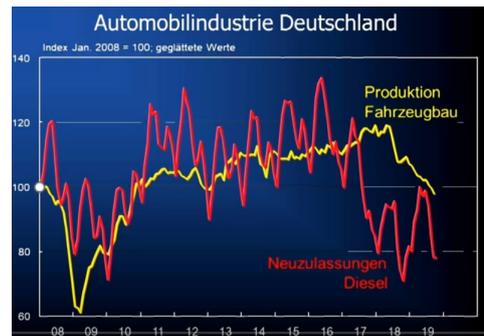
Deshalb unterstellen wir auch, dass richtigerweise der Fokus auf eine Reduzierung des Treibhausgases CO2 gelegt wird.

Andererseits müssen wir aber auch zur Kenntnis nehmen, dass es schwierig bis teilweise unmöglich ist, eine Volkswirtschaft ohne CO2 Emissionen aufrecht zu erhalten. So zeigen schon die ersten „Grünen Weichenstellungen“ erste negative Auswirkungen:

- So zeigte sich vor Corona im „Verarbeitenden Gewerbe“ ein Rückgang der Produktion um 10%-Punkte (Deutschland) und im Gefolge in Österreich und der Schweiz von rund 5%-Punkten.
- Bei der Fahrzeugproduktion hingegen ist bereits ein Rückgang der Produktion von 20%-Punkten (Deutschland) und 10%-Punkte in Österreich (nur als Folge der deutschen Entwicklung, noch sind keine eigenen „grünen“ Maßnahmen in Österreich gesetzt) feststellbar.

Man kann also sicher sagen, dass wir im Gefolge von umweltspezifischen Auflagen (wie der EU-CO2-Richtlinie) seit 2018, also lang vor Corona von einer nachhaltig wirkenden Rezession im Zuge eines strukturellen Wandels (keine konjunkturelle Komponente) getroffen werden, die durch den Angriff auf die europäische Leitindustrie ihren Ausgang genommen hat.

Noch deutlicher erkennt man diese Entwicklung an der KFZ – Produktion vs. Neuzulassungen „Diesel-Fahrzeuge“ in Deutschland, wo der Verkauf von Diesel-Fahrzeugen, die die geringsten CO2 Emissionen (im Vergleich mit E-Batterie-Mobilität) bezogen auf die gesamte Wertschöpfungskette verursachen, durch kontraproduktive Förderpolitik, nahezu einbricht.



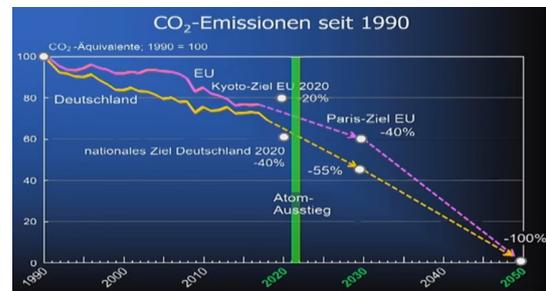
Insgesamt unterstützen wir also grundsätzlich das Ziel, die Erde zu kühlen, sehen aber die bisher eingeschlagenen Wege dazu kritisch, da einerseits das Emissionsziel nicht erreicht wird (bis hin sogar das Gegenteil) und andererseits Maßnahmen ergriffen werden, die die Volkswirtschaft, den Wohlstand und damit soziale Sicherheit nachhaltig zerstören.

1. Die Stromerzeugung („Grüner Strom“)

Die Stromerzeugung müssen wir europaweit begreifen. Die begünstigte Situation in Österreich zusammen mit einem bezogen auf Europa sehr niedrigen Stromverbrauch und im Hinblick auf die (grünen) Fluss- und Speicherkraftwerke darf uns nicht daran hindern, den gesamten europäischen E-Netzverbund zu betrachten.

Dabei stellt sich die Problematik kann ein Ausstieg aus der Stromerzeugen mit fossilen Brennstoffen zusammen mit dem geplanten Mehrverbrauch durch die erzwungene (EU-CO 2-Richtlinie) E-Mobilität überhaupt gelingen?

Dazu lohnt sich ein Blick auf die europäischen CO2-Ziele und deren Erreichen zu werfen, schließlich haben wir 2020 die Halbzeit bereits erreicht und die Vernichtung der „schmutzigen“ DDR- und Osteuropa-Industrie liegt dabei bereits hinter uns sowie der Atom-Ausstieg vor uns.



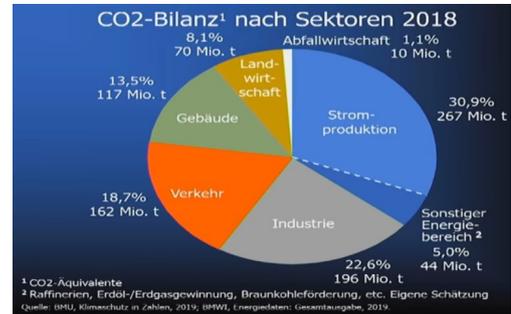
Schon daraus wird erkennbar, dass wir in Europa, aber auch in Deutschland und Österreich die CO 2 Ziele schon theoretisch gar nicht mehr erreichen können. Und zu hoch gesetzte Ziele erreichen meist das Gegenteil (Frust durch Belastung der Bevölkerung ohne entsprechenden Erfolg!), nämlich ein Nachlassen von durchaus vernünftigen klimaspezifischen Vorhaben. Ziele sollten immer auch realistisch sein! Unter dieser Betrachtung stellt sich auch die Frage nach dem 2° oder 1,5°C – Ziel, das auch nicht wissenschaftlich begründbar ist.

Die Energie-Produktion ist in Europa, zum Unterschied zu Österreich oder der Schweiz, noch sehr „schmutzig“. Rund die Hälfte des Stroms (inklusive Industriestrom) in Europa kommt (Basis 2018) von fossilen Energieträgern, 15% stammen aus Atomenergie und 35% stammen aus erneuerbarer Energie (Wind, Photovoltaik, Staudämme und Flusskraft, Biomasse oder Biogener Hausmüll).

Die Ausbaupläne für „Grünen Strom“ reduzieren sich als auf den Ausbau von Wind und Sonne. Bei einem Ausstieg aus fossilen Energieträgern muss der derzeitige Anteil von Wind und Sonne (25%) verdreifachen. Damit ist es auch noch nicht getan, wollen wir doch den zusätzlichen Bedarf durch E-Mobilität auch mit grünem Strom abdecken (sonst würde die schon schlechte CO₂ Bilanz noch einmal verschlechtern).

Dazu lohnt ein Blick auf die CO₂ Bilanz nach Sektoren:

Möchte man den also auch noch den Verkehr mit grünem Strom bedienen, dann muss man bereits den Anteil von Wind/Sonne bezogen auf 2018 verfünffachen! Da schon die effektivsten Plätze für Wind bereits besetzt sind erkennt man das utopische Vorhaben.



Ein derartiges Vorhaben, Naturlandschaft in Industriegebiete zu verwandeln, wird also ganz bestimmt auch auf den Widerstand der Bevölkerung, insbesondere den Grünen-Anhängern stoßen, die sich jetzt schon bei jedem weiteren Windrad organisieren!

Durch den Vorrang und die Förderung der erneuerbaren Energie mit Einspeise-Priorität unabhängig von der Nachfrage, wird dieser so erzeugte Strom auch besonders teuer, da der überschüssige Strom meist mit Verlust in das europäische Netz fließt. Schon jetzt ist dadurch der Strompreis insgesamt gestiegen.

Schon jetzt zeigt der Eurostat-Vergleich, dass Länder mit größerem Wind-Anteil auch direkt proportional die höchsten Strompreise haben.

Dies ist das Ergebnis der planwirtschaftlich organisierten einheitlichen Einspeisetarife mit Einspeise-Priorität.



Der Irrglaube: Wind und Sonne kosten ja nichts ist unrichtig, weil der Betrieb entsprechend kostet. Gleichzeitig konterkariert der europäische „Emissions-Handel“, der für ganz Europa die gesamten erlaubten CO₂-Emissionen verbindlich festlegt. Ein Land, das mehr emittiert als erlaubt, muss Zertifikate von anderen Ländern, die weniger emittieren kaufen. Dieser „Cap“¹ bedeutet, dass nationale Maßnahmen bei der Stromproduktion keinen Einfluss haben (können).

Staaten mit mehr Produktion von „Grünem Strom“ drängen auch die entsprechenden Zertifikate aus dem Markt und ermöglichen es anderen Ländern mehr Strom aus fossilen Energieträgern (Polen, Ungarn, Tschechien) oder Atomstrom (Frankreich) in das europäische Netz einzuspeisen.

¹ Das Gesamtvolumen der CO₂ Emissionen, die von unter das Emissionshandelssystem der EU (EU-EHS) fallenden Kraftwerken, Fabriken und anderen ortsfesten Anlagen ausgestoßen werden dürfen

Damit erzielt ganz Europa entgegen CO2 Reduktionsverpflichtung „Null-Klimawirkung“!

Nationale CO2 Reduktionen ersparen auch nicht Strafmaßnahmen, weil die durch ein Land an ein anderes Land verkauften Zertifikate, dennoch dem ursprünglichen Land zugerechnet werden und nicht nur die tatsächlich verbrauchten. (EU-Zentralismus-Unsinn).

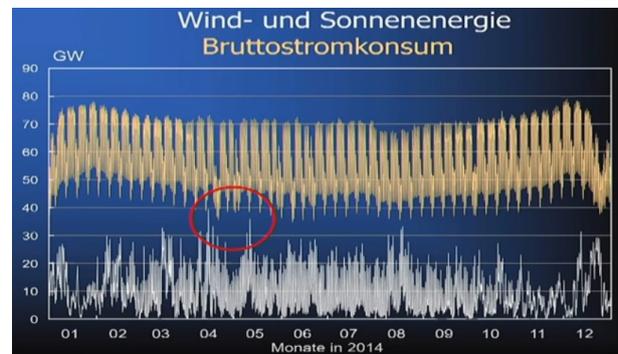
Auch hier zeigt sich der Nachteil des EU-Zentralismus-Denkens, da nationale Gegenseitigkeitsabkommen im Emissionshandel, wie seinerzeit Vereinbarungen in der EG, die CO2 Einsparungen tatsächlich honorieren würden.

Inzwischen ist dadurch aber selbst das Vorhaben, in Europa eine Solar-Strom-Industrie aufzubauen, gescheitert und hat nur zu einem Aufbau dieses Industriezweiges in China (Erhöhungen deren Wirtschaftswachstums) geführt.

2. Das Volatilitätsproblem bei Wind- und Sonnenenergie

Dieses Problem ergibt sich aus dem Mangel an Speichermöglichkeit für Wind/Sonne!

Dem weitestgehend unbeeinflussbaren Stromverbrauch steht ein weiteres volatiles Stromangebot durch Wind- und Sonnenenergie gegenüber und erhöht den Bedarf an flexiblen Zuschaltmöglichkeiten von Stromerzeugern. Dies wird derzeit durch Speicher- (Wasser), Kohle- und Gaskraftwerke (fossile Träger) ermöglicht.

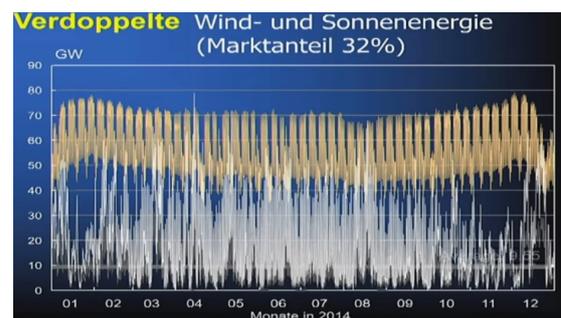


Atomkraftwerke eignen sich dazu nur bedingt, da ein Hoch- und Niederfahren des Reaktors große Gefahren mit sich bringt.

Diese Umstände limitieren auch den Gesamtanteil von Wind- und Stromenergie:

Bei einer Verdoppelung von Wind- und Sonnenenergie ließe sich deren Anteil von 25% auf maximal 32% bezogen auf das Gesamt-Strom-Angebot steigern.

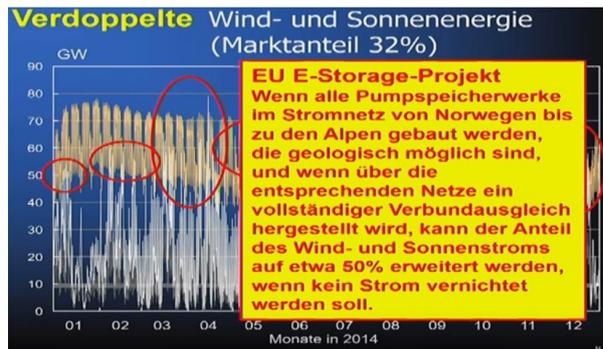
Die überlappenden Spitzen lassen sich dennoch nicht wegbekommen, da ja keine negative Stromerzeugung möglich ist.



Eine Verfünffachung des Wind- und Sonnen-Strom-Angebotes wäre zwar erforderlich, ist aber ohne Speichermöglichkeiten unmöglich, denn schon bei einer Verdoppelung muss Strom vernichtet oder negativ bepreist werden.

Die Lösung für 50% Anteil von Wind/Sonne kann also nur darin bestehen, die Kapazitäten von Pumpspeicherwerken von den Alpen bis Norwegen maximal auszubauen.

Diese maximalen Möglichkeiten in der genannten Region wurden in einem EU-Projekt evaluiert und unter Außerachtlassung von technologischen Netz-Anforderungen ein so **maximaler Anteil für Wind- und Sonne von 50%** errechnet. Die meisten neuen Pumpkraftwerke entstünden in Norwegen!



Natürlich gibt es auch alternative Speichermöglichkeiten (Batterie ist keine). Die Wasserstoff-Technologie ist dabei eine Möglichkeit (allerdings mit sehr geringem Wirkungsgrad), die aber extrem teuer kommt (Anlagen können nur zeitweilig genutzt werden und $\frac{3}{4}$ des Stromes geht dabei verloren). Eine Anreicherung des Wasserstoffs mit CO₂ ermöglicht zwar leichteren Transport, reduziert aber weiter den Wirkungsgrad.

3. Die Wahrheit zur E-Mobilität

Wer es fährt (zumindest kurze Strecken) ist von der Beschleunigung begeistert.

Hilft es aber dem Klima?

Sieht man vom zusätzlichen Parkraumbedarf für den Ladevorgang (z.B. bei Taxis eine Verdreifachung des Steh-Platz-Bedarfes (für das Laden), aber auch einer Verdoppelung des Bedarfes für Parkraum (Individualverkehr) ab, was ohne massive Beeinträchtigung der nicht-öffentlichen Mobilität gar nicht möglich ist und daher die Bürger hindert freiwillig auf E-Mobilität im städtischen Bereich umzusteigen, wird durch eine planwirtschaftliche politische Förderpolitik (meist auf Initiative der Grünen, der EU-Kommission – mit „Schummel-Verordnung - und im Interesse der Chinesen – E-Batterie-Produktion) ausschließlich für E-Batterie-Fahrzeuge ausgehebelt.

Diese EU-Schummel-Verordnung sollte genau betrachtet werden:

Diese EU-Vorgaben (eigenmächtiges Agieren der Kommission) beziehen sich auf einen Flottenverbrauch mit 2,2 l Diesel-Äquivalenten/100 km für 20130, der nur mittels einem Löwenanteil (2/3) für E-Batterie-Antrieb in einer Flotte erreichbar ist.

	Gramm CO ₂ pro km	Diesel-Äquivalent pro 100 km
2015	135	5 l
2020	95	3,5 l
2030	59	2,2 l

Die Annahme der EU-Kommission, dass E-Batterie-Mobilität ohne CO₂-Emissionen auskommt ist natürlich falsch und eine bewusste Irreführung der Konsumenten, denn auch der verbrauchte Strom kann maximal zu 50% aus erneuerbarer (grüner) Stromproduktion kommen.

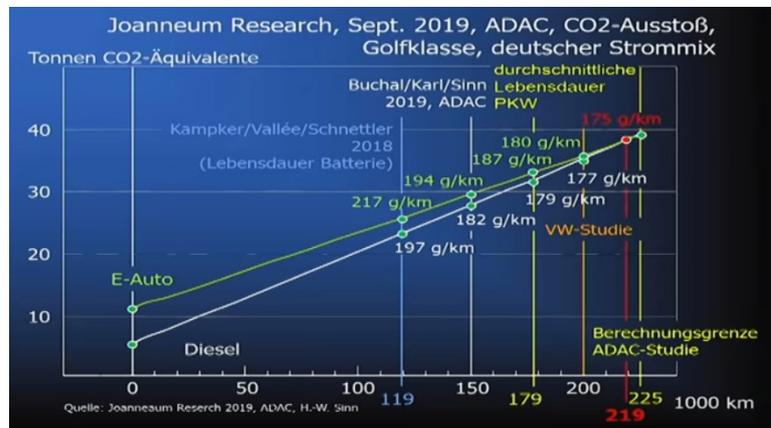


Die Fahrzeugproduktion im Hinblick auf die gesamte Wertschöpfungskette darf man auch im Hinblick auf Klima-Wirkung auch nicht ganz außer Acht lassen.

Daher muss man insgesamt von einer „Schummel-Verordnung der EU-Kommission und der Politik sprechen, die jede Redlichkeit vermissen lässt.

Die schlimmste Lüge der EU-Kommission und der Grünen manifestiert sich aber wie folgt:

Im wissenschaftlichen Vergleich zwischen einem Diesel- und E-Fahrzeug zeigt sich bis 219 000 km ein höherer CO₂-Effekt beim E-KFZ und damit absolut kein positiver Klima-Effekt, sondern gerade in Städten nur massive Nachteile!



Gerade diese Erkenntnisse, die aus ökonomischer und klimapolitischer Sicht für ein Dieselbetriebener Fahrzeug sprechen, haben für Österreich, das Mutterland des Dieselmotors und diesen Forschungs- und Produktionseinrichtungen eine besondere Bedeutung.

Der Kampf der Grünen in Österreich und Europa für die E-Mobilität mit schlechter Umwelt- und Klimabilanz und gegen dieselpetriebene Fahrzeuge verursacht daher nicht nur Kostensteigerungen (möglicherweise sogar Kosten durch eine CO₂ Bepreisung) ohne jede „Klimarelevanz“ sondern vernichtet das Rückgrat der europäischen, deutschen und vor allem österreichischen Industrieproduktion und verantwortet den Verlust hunderttausender Arbeitsplätze.

Auch die Unterstellung der EU-Kommission, die Herstellung der Batterien könnte eines Tages in ferner Zukunft ohne fossile Energieträger erfolgen, ist ebenfalls eine bewusste Täuschung der Konsumenten.

Ausnahme: Nur Erdgas-betriebene Fahrzeuge hätten eine bessere CO₂ Bilanz als Dieselfahrzeuge“. Bei einer Umstellung, wie in Italien, könnte eine rasche Reduktion der CO₂ Emissionen unter Verwendung bestehender Motoren aus dem Segment „Verkehr“ erreicht werden.

4. Die globalen Wechselwirkungen im Hinblick auf CO₂-Emissionen

Wenn man weniger CO₂ ausstoßen möchte, muss man weniger fossile Stoffe aus der Erde holen. Was wir weniger Öl/Gas kaufen, fließt eben wo anders hin und wird dort verbrannt mit entsprechenden CO₂ Emissionen. Was trivial klingt, ist auch trivial!

Einen positiven Klimaeffekt für einen reduziertem Verbrauch gibt es nur, wenn Öl- und Gas-fördernde und verkaufende Staaten ihre Rohstoffe in der Erde belassen.

Wenn wir also weniger Öl/Gas kaufen (grüne Kurve), wird dieses wo anders hin geliefert, dort noch mehr (weil sinkende Preise) verkauft und verbrannt (CO2!).



Eine weitere grüne Klimalüge!

Da diese ideologisierte Grün-Politik für erdöl- erdgasproduzierende Staaten als Kampfansage zu werten ist, werden diese so schnell es geht ihr Öl/Gas auf den Markt werfen und diese Einnahmen einerseits zur Deckung deren Haushalte verwenden und andererseits investieren.

Während zum Beispiel Russland, China & westlich orientierte islamische Staaten diese erwirtschafteten Erträge in Industriebeteiligungen im Westen verwenden, setzen andere islamische Staaten (u.a. Iran, Katar, Saudi-Arabien) diese Einnahmen zur Finanzierung von Terror-Aktivitäten oder die legalistische Islamisierung des Westens ein, um deren erfolgreiches demokratisch-soziales-säkulares Gesellschaftsmodell parasitär zu zerstören.

(z.B. Deutschland, Österreich, Frankreich, Belgien, UK – gerettet durch BREXIT – oder Schweden).

Durch diese grüne Politik wird eine höhere Extraktion ausgelöst (grünes Paradoxon) und damit die weltweiten CO2 Emissionen erhöht.

Damit profitieren jene Länder, deren Bürger und Ökonomie, die sich nicht an dieser grünen Politik beteiligen und erhalten dadurch deren Lebensstandard und fahren mehr SUVs!



So unterstützen wir Europäer die USA, CHINA und Russland und helfen nicht jenen Erdteilen, die durch die Erderwärmung verglühen!

Gibt es dafür Belege?

Die Preisentwicklung fossiler Treibstoffe seit 1970 zeigt, dass trotz verknappender Ressourcen, die Preise tendenziell nicht steigen, seit „Greta“ sogar fallen.

Grund dafür ist das beschriebene „Grüne Paradoxon“!



Ein weiterer Beleg:

Auch Norwegen setzt bei der Extraktion nicht auf die Zukunft, sondern investiert seine Öleinnahmen in einen Sovereign Wealth Fund.

Und warum baut Deutschland so viel Braunkohle ab?

Auch hier ist das „Grüne Paradoxon“, also die Angst eines planwirtschaftlichen Eingreifens zur Begrenzung der Förderung der Braunkohle trotz niedrigem Vorkommen, der Grund dafür.



Der grüne Paradigmenwechsel hat also dazu geführt, dass wir die kommenden 30 Jahre mehr extrahieren, dadurch CO2 emittieren und mehr Erderwärmung erzeugen, als wir dies sonst getan hätten!

So sieht zum Unterschied zu den ideologisch links-grün gefärbten Aussagen die Realität aus!

5. Was wären also wirksame und wissenschafts-gestützte Klima-Maßnahmen?

Dabei müssen wir unter technischen oder ökonomischen Möglichkeiten unterscheiden.

Technische Möglichkeiten:

Bezogen auf die europäische Situation ist das vorschnelle Abschalten von Atomkraftwerken zusammen mit dem Ausstieg aus fossilen Energieträgern ein Fehler. Schweden hat bereits den Ausstieg vom Ausstieg 2016 beschlossen und Frankreich baut neue A-Kraftwerke. Eine beschleunigte Weiterentwicklung eines Fusionsreaktors wäre hier effektiver. Neue Recycling-Technologie erleichtert und verkürzt den Endlager-Bedarf.

Eine weitere technische Maßnahme besteht in der Schaffung von Lagerstätten zur Sequestrierung von flüssigem CO2 unter hohem Druck, die zwar keine Dauerlösung darstellt, aber ein Weg für eine begrenzte Zeit.

Eine weitere Möglichkeit zur Reduzierung des CO2 durch Photosynthese in der Luft besteht in der Aufforstung.

Reiche Industrieländer könnten Waldflächen anmieten (wie z.B. Flächen im Regenwald). 20% der weltweiten CO2 Emissionen kommen durch Holz-Verbrennung. Der gesamte Amazonas Wald würde nach heutigen Preisen 275 Mrd. EUR kosten und könnte via der UNO verwaltet und bewirtschaftet werden. Im Vergleich zu den unwirksamen grünen sogenannten Rettungsaktionen wäre dies viel günstiger.

Ökonomische Möglichkeiten:

Einführung einer Quellenbesteuerung auf Finanzinvestitionen und sichere Eigentumsrechte für Ressourcen im Boden. Diese Besteuerung stört nicht den Kapitalverkehr innerhalb der Industriestaaten, würde aber die öl- und gasproduzierenden Staaten aber davon abhalten ihre Öl- und Gasverkäufe und damit die CO2 Emissionen in die Höhe zu treiben. Es muss ja unser Ziel sein, mehr Ressourcen in der Erde für zukünftige Generationen zu lassen.

Schließlich brauchen wir einen weltweiten und nicht nur auf Europa begrenzten Emissionshandel für alle Ressourcen zur Kontrolle und Begrenzung der weltweiten CO2 Emissionen. Bei einem dann weltweit einheitlichen CO2 Preis führt dies dazu alle „Verschmutzer“ der Erde koordiniert werden sodass die Kosten für Einsparungen gleich sind dem Preis für CO2.

Erste Schritte dazu waren schon in Madrid erkennbar. Noch ist allerdings aufgrund der grünen unsachlichen und ideologisierten Argumentationen und Maßnahmen ein Widerstand bei großen „Verschmutzern“ vorhanden. Würde die Argumentation von einer links-grünen-ideologischen Agenda hin zu einer sachlich-wissenschaftlichen Betrachtung verändern wäre der Weg für eine effektive Klimapolitik gegeben.

Damit kann weltweit die Reduzierung unter minimalen Wohlstandsverlusten erreicht werden.

Sehr geehrte Frau Stadträtin, viel wichtiger wären Maßnahmen, mit dem natürlich vorhandenen Klimawandel entsprechend zurecht zu kommen und die dazu vorhandenen Expertisen aus dem Inland, aber auch aus dem Ausland (z.B. in Sachen Wassermanagement, etc.) zu nutzen. Intelligenter und nicht ideologierter Klima- und Umweltschutz sollte eigentlich in einer volkswirtschaftlichen Gesamt-Rechnung nicht kosten und sollte eher helfen, den Wohlstand auszubauen.

Sie sehen also wie unsinnig Aussagen wie „Wiener Klimaschutz“ oder „Klimahauptstadt“, etc. sind. Klima-Politik muss global gesehen werden und man muss auch sehen, dass Klima-Veränderungen nur marginal beeinflussbar sind. Den besten Beweis dazu hat der unverhältnismäßige Shut-Down gebracht, der die CO2 Emissionen trotz Rückgang des Verkehrs sogar noch gesteigert hat.

